

## DAS EUROPÄISCHE GESELLSCHAFTSMODELL IM SPANNUNGSFELD VON NEOLIBERALISMUS UND GLOBALISIERUNG<sup>1</sup>

|  |    |
|--|----|
| 1. Europa im 20. Jahrhundert .....           | 50 |
| 2. Das Europäische Gesellschaftsmodell ..... | 53 |
| 3. Der neoliberale Backlash .....            | 54 |
| 4. Wie geht es nun weiter? .....             | 57 |

Auszug aus WISO 3/2006

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Eva Belabed**

Leiterin der  
Stabsstelle EWSA  
und Internationales  
in der Kammer für  
Arbeiter und  
Angestellte für OÖ  
und Mitglied des  
Europäischen  
Wirtschafts- und  
Sozialausschusses

Ich werde mit einem kurzen Rückblick auf wesentliche Entwicklungen Europas im 20. Jahrhundert beginnen, dann die Gründung und Entwicklung der EWG über die europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union streifen und zum Europäischen Gesellschaftsmodell kommen. Der neoliberale Backlash, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingesetzt hat, hat zusammen mit der Globalisierung die Welt völlig verändert. Am Beispiel der Pensionen lassen sich die Folgen für das Europäische Gesellschaftsmodell gut deutlich machen. Abschließend stellt sich natürlich die Frage: Wie geht es weiter? Ich werde versuchen, darauf einige Antworten zu skizzieren.

### 1. Europa im 20. Jahrhundert

#### *Konsens zur gesellschaftlichen Entwicklung*

In den meisten Ländern Westeuropas hat sich gegen Ende des 19. und im 20. Jahrhundert ein Konsens herausgebildet, dass eine Gesellschaft sich dann am besten entwickelt, wenn alle Bürger in einem vernünftigen Ausmaß am erarbeiteten Wohlstand teilhaben, wenn der Staat bzw. die Solidargemeinschaft eine gewisse Verantwortung für die Wechselfälle des Lebens (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit aufgrund von Unfällen, Alter ...) sowie für öffentliche Aufgaben und Leistungen (die Bereitstellung öffentlicher Güter) übernimmt und die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungen mitwirken.

Diese Überzeugung hat dazu geführt, dass in einer Reihe von Ländern eine Politik des Konsenses betrieben wurde, bei der der Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft im Vordergrund stand. Auch der soziale Zusammenhalt und die Vermeidung allzu großer Unterschiede zwischen Arm und Reich zählten zu den Prinzipien dieser Politik.

In diesem Zeitraum wurden Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft entwickelt. In der sozialen Marktwirtschaft hat neben

dem privaten auch der öffentliche Sektor ein entscheidendes Gewicht. Die öffentlichen Leistungen haben entscheidend dazu beigetragen, dass nicht nur die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch der soziale Zusammenhalt erreicht wurde. Gesetzliche und vertragliche Rahmenbedingungen haben die Marktkräfte in Bahnen gelenkt, die den Bürgern eine vernünftige Beteiligung am Wohlstand und an den Entscheidungen in der Gesellschaft ermöglichten.

*in sozialer  
Marktwirtschaft  
hat auch  
öffentlicher  
Sektor ein  
entscheidendes  
Gewicht*

Die Einkommens- und Vermögensverteilung wurde so korrigiert, dass Extreme vermieden wurden. Sozialsysteme wurden geschaffen, um die Bürger gegen die Wechselfälle des Lebens – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfälle und im Alter – abzusichern.

Dem Staat kam eine gewisse Verantwortung und Rolle zu, die Regeln zu setzen, nach denen die Gesellschaft funktionierte, Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung zu stellen, die für alle zugänglich waren, und Sozialsysteme zu schaffen, die für den sozialen Zusammenhalt sorgten.

*Rolle des  
Staates*

Selbst in den USA, wo die Menschen in erster Linie auf sich selbst zählen (müssen), ist eine Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass der Staat bzw. die Gesellschaft eine Verantwortung gegenüber den Schwächeren hat und dass der Staat die Schwächeren unterstützen sollte.

Österreich hat von dieser Entwicklung besonders profitiert. In Österreich hat die leidvolle Erfahrung aus den Konflikten der Zwischenkriegszeit zu einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Kräfte geführt, die Österreich nicht nur Auseinandersetzungen erspart und eine lange Periode des sozialen Friedens eingeleitet, sondern auch einen beispiellosen Aufholprozess von einem im Krieg zerstörten Land zu einem der reichsten Länder der Welt ermöglicht hat.

### 1.1. Von der EWG zur Europäischen Union

*EWG  
ursprünglich  
Friedensprojekt*

In diesem Umfeld wurde auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, ursprünglich konzipiert als ein großes Friedensprojekt, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg die früheren Gegner durch enge wirtschaftliche Beziehungen und einen gemeinsamen Markt von weiteren Feindseligkeiten abgehalten und die Zusammenarbeit gefördert werden sollte.

Die wesentlichen Ziele waren Friede, Stabilität und die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (in der Präambel der Verträge: „Angleichung im Wege des Fortschritts“). Im Vordergrund standen die Wirtschaft und der Binnenmarkt, die Sozialpolitik blieb zunächst auf der nationalen Ebene, lediglich für Wanderarbeitnehmer wurden Regelungen geschaffen, um die bürokratischen Hürden zu erleichtern und ihren Sozialschutz zu sichern.

Erst im Lauf der Zeit entwickelte sich langsam auch eine soziale Dimension der EU. Die Sozialcharta, die Verträge von Maastricht und Amsterdam, mit denen Sozial- und Beschäftigungspolitik einen deutlicheren Stellenwert bekamen, sowie die Lissabon-Strategie und die Sozialpolitische Agenda haben die sozialpolitischen Perspektiven der EU erweitert.

*Sozialsysteme  
werden aus  
Blickpunkt von  
Binnenmarkt und  
Budgeterfordernis  
diskutiert*

Dennoch sind diese auch heute noch deutlich schwächer ausgeprägt ist die wirtschaftlichen Aktivitäten. Es besteht nach wie vor ein Bias zugunsten von Binnenmarkt und Budget (Stabilität), sodass z.B. Reformen der Sozialsysteme vor allem aus dem Blickpunkt von Binnenmarkt und Budgeterfordernissen diskutiert werden, was zu adversen Effekten in den Systemen führen kann.

*Richtungsstreit  
in EU*

Auch auf dem Weg zur politischen Union hat Europa noch eine gehörige Strecke vor sich. Nach dem Scheitern der Referenden zur Verfassung in Frankreich und den Niederlanden und angesichts der Kluft zwischen der EU und den Bürgern steht

Europa an einem Punkt, an dem die einen in Richtung politisches Europa mit starker sozialer Dimension und außenpolitischer Handlungsfähigkeit weitergehen wollen, während die anderen eine Freihandelszone anstreben.

## 2. Das Europäische Gesellschaftsmodell<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund spielt sich die Diskussion um das Europäische Gesellschaftsmodell ab – vor allem die Frage: Gibt es überhaupt eines und welches sind seine grundlegenden Elemente?

Je nachdem, welche Ebene man betrachtet – Schlüsselemente und grundlegende Werte oder einzelne Sozialschutzsysteme, die auf nationaler Ebene gestaltet werden – fällt die Antwort unterschiedlich aus.

Bleibt man auf der Ebene der Schlüsselemente und der grundlegenden Werte, dann gibt es *ein Europäisches Gesellschaftsmodell*, das sich von anderen Modellen unterscheidet. Diese Schlüsselemente umfassen soziale Marktwirtschaft, d.h. Kapitalismus mit Regeln, Grundrechte, insbesondere am Arbeitsplatz, sozialen Zusammenhalt – d.h. Verteilung, Zugang zu Bildung, Gesundheit, Sozialsystemen und anderen Leistungen der Daseinsvorsorge – und die Beteiligung an den Entscheidungen über die repräsentative Demokratie hinaus (sozialer Dialog, Mitbestimmung und partizipative Demokratie). Sozialer und ziviler Dialog sind ein Schlüsselfaktoren für den Erfolg des Modells.

*sozialer und ziviler Dialog sind Schlüsselfaktor für Erfolg*

Geht man über diese Schlüsselemente hinaus, findet man mehrere regionale und Ländermodelle: das kontinentale Modell, das nordische, das angelsächsische und das südeuropäische<sup>3</sup>.

Die plakative Antwort „Es gibt kein Europäisches Gesellschaftsmodell“ ist ein Totschlagargument ideologischer Natur und

|  |  |
|--|--|
| <i>Negierung als Totschlagargument, um Weiterentwicklung zu boykottieren</i> | zielt vor allem darauf ab, die spezifischen Stärken des Europäischen Modells zu negieren und ihre Weiterentwicklung zu boykottieren.<br><br>Begründet wird dieses Argument mit dem Hinweis, es gebe schließlich in Europa 25 verschiedene Sozialschutzsysteme, weil die Kompetenz dafür noch immer auf der Ebene der Mitgliedsstaaten liege und daher jeder Staat sein eigenes System habe. Argumentiert man auf dieser Ebene, dann gibt es tatsächlich 25 (Sozialschutz-)Systeme. Schließlich sind diese Systeme Teil der nationalen Verantwortung und werden daher entsprechend den nationalen Präferenzen und dem nationalen Kontext gestaltet. |
| <i>Außenwelt sieht Europa als attraktives Modell</i>                         | Für die Außenwelt ist Europa ein sehr attraktives Modell: Länder wollen beitreten, Menschen wollen nach Europa zuwandern, um hier zu leben. Die Amerikaner beneiden uns um unsere Lebensqualität, was seinen Ausdruck in Jeremy Rifkins europäischem Traum <sup>4</sup> findet, und Mark Leonard ist überzeugt, dass Europa das 21. Jahrhundert bestimmen wird. <sup>5</sup> Das Europäische Gesellschaftsmodell könnte auch für Menschen in anderen Regionen der Welt eine Perspektive bieten und einer unserer größten Exporterfolge werden. Wir müssen es allerdings selbstbewusst vertreten und entwickeln.                                    |

Dennoch gibt es eine öffentliche Debatte, in der behauptet wird, dass Europa nicht wettbewerbsfähig sei und schwächer als andere Regionen der Welt, besonders die USA. Woher kommt das ?

### 3. Der neoliberale Backlash

Die Antwort hängt zusammen mit dem neoliberalen Backlash, der in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts mit der Liberalisierung der Finanzmärkte eingesetzt hat.

Treibende Kraft war die Schaffung neuer Business-Möglichkeiten und das Bestreben, die sozialen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts wieder abzubauen. Die Globalisierung diente als Vehikel – ermöglicht wurde sie durch politisch gesetzte Rahmenbedingungen und technische Entwicklungen (IKT).

Die Initiative ging aus von den USA, begleitet von Weltbank und Währungsfonds (Washington Consensus). Dann wurde auch Europa erfasst.

Zentrales Element ist eine Änderung der politischen Grundhaltung: Der Zusammenhalt in der Gesellschaft verliert an Stellenwert zugunsten – vielfach virtueller – individueller Entfaltungsmöglichkeiten, die Rolle des Staates wird als einengend und belastend dargestellt und zunehmend in Frage gestellt. Die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen und die Sozialsysteme sollen abgebaut und privatisiert sowie die Mitwirkung und Mitgestaltung der Sozialpartner zurückgedrängt werden.

*Zusammenhalt  
der Gesellschaft  
verliert an  
Stellenwert*

Eines der Ergebnisse war eine Machtverschiebung von der nationalen auf die internationale Ebene und von der Politik zur Wirtschaft. Die Governance-Strukturen hinken dieser Entwicklung noch hinterher.

*Governance-  
Strukturen  
hinken  
Entwicklung  
hinterher*

Die Globalisierung und die weltweiten Diskrepanzen in den Entwicklungs- und Sozialstandards, Einkommen und Grundrechten werden genutzt, um das Europäische Modell zu unterminieren.

Die Finanzmärkte haben sich mittlerweile zur entscheidenden Antriebskraft der Wirtschaft entwickelt. Die davon ausgehenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Gesellschaft sind höchst problematisch.

### 3.1. Am Beispiel der Pensionen

Besonders deutlich ist diese Entwicklung am Beispiel der Pensionssysteme. In Europa waren im 19. und 20. Jahrhundert Pensionssysteme geschaffen worden, um der Bevölkerung im Alter einen vernünftigen Lebensstandard zu ermöglichen (Bismarck- und Beveridge-System).

*Einfluss der Weltbank auf Transformationsländer*

Nach Meinung der Weltbank sollten die Entwicklungs- und Transformationsländer vor dem Irrtum der Europäer bewahrt werden, Umlagesysteme einzurichten. In den 80er und 90er Jahren hat die Weltbank Pensionsreformen in einer Reihe von Ländern (Chile, Lateinamerika, Mittel- und Osteuropa) nach ihrem 3-Säulen-Modell mitgestaltet, das vor allem auf eine Privatisierung der Pensionsvorsorge und eine Umstellung von Umlage- zu kapitalgedeckten Systemen abzielte.

Die Reformen in den neuen Mitgliedsstaaten der EU, die sich zum Teil am Weltbankmodell orientierten, erleichtern die kohärente Entwicklung der Sozialsysteme in Europa nicht gerade. Auch in den alten Mitgliedsstaaten der EU wurden Reformen in diese Richtung propagiert und in Angriff genommen.

Begründet wurde diese Politik mit dem Argument, die Pensionssysteme seien wegen der demografischen Entwicklung nicht haltbar, die Finanzmärkte müssten entwickelt werden, um den Erfordernissen der modernen Wirtschaft Rechnung zu tragen, es würden dadurch Anreize geschaffen, die Schattenwirtschaft zu reduzieren und die Arbeitnehmer würden in die reguläre Wirtschaft integriert werden.

*Motiv für Reformen*

Hintergrund und Motiv für diese Reformen waren zum Teil die Schaffung von Businessmöglichkeiten für den privaten Sektor, die Reduzierung der Rolle des Staates und die Verlagerung der finanziellen Last auf die Arbeitnehmer.



Im EWSA haben wir in diesem Zusammenhang dafür plädiert, die Pensionssysteme auf die Herausforderungen der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung einzustellen und insbesondere die erste Säule – die öffentlichen Systeme – zu stärken.<sup>6</sup>

#### 4. Wie geht es nun weiter?

Europa steht an einem entscheidenden Punkt seiner Entwicklung: Während die einen ein politisches Europa haben wollen mit einer starken sozialen Dimension, wollen andere Europa auf eine Freihandelszone beschränken.

*Europa steht an entscheidendem Entwicklungspunkt*

Die zunehmende Skepsis der Bürger – Stichwort Kluft zwischen Europa und den Bürgern – verlangt eine Antwort der Politik, die die Anliegen der Bürger aufgreift.

Derzeit wird nur darüber gesprochen, dass die Kommunikation verbessert und Europa den Bürgern erklärt werden muss. Das ist zwar wichtig – in Österreich beispielsweise wurde die während der EU-Beitrittsphase umfassende und intensive Information und Debatte nach dem Beitritt abrupt eingestellt. Seither gibt es keinen kontinuierlichen politischen Diskurs über Europa zwischen den politischen Akteuren und den Bürgern.

Eine Verbesserung der Kommunikation ist zwar erforderlich, aber sie reicht nicht. Man braucht auch eine Botschaft und eine Vision, mit denen die Bürger sich identifizieren können und die man kommunizieren kann. Dazu braucht man andere politische Antworten auf die Herausforderungen.

*Verbesserung der Kommunikation reicht nicht, man braucht auch Botschaft und Vision für Bürger*

Die Globalisierung braucht eine soziale Dimension, damit sie allen Menschen akzeptable Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglicht. Dazu müssen die Governance-Strukturen verbessert und vor allem demokratisiert werden. Die Politik der internationalen Organisationen wie UNO, IWF, Weltbank,

WTO, ILO etc. muss kohärenter werden. Dazu müssen die Regeln und Funktionsmechanismen geändert werden, das Problem dabei ist die politische Durchsetzung.

*Zukunft der sozialen Entwicklung wird in Europa ausgetragen*

Juan Somavia, der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), hat vor einiger Zeit festgestellt, dass 80 % der Weltbevölkerung keinen Zugang zu einem der drei elementaren Sozialschutzsysteme (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter) haben, 50 % der Weltbevölkerung zu keinem dieser drei Systeme einen Zugang haben und die Zukunft der sozialen Entwicklung in Europa ausgetragen wird.

Wenn Somavia recht hat, dann hat Europa eine besondere Verantwortung, sein Modell zu entwickeln und zu verteidigen. Das schaffen wir allerdings nur, wenn es gelingt, auch in anderen Regionen der Welt Elemente eines Europäischen Gesellschaftsmodells zu entwickeln.

Wir sollten daher die Zusammenarbeit mit all jenen suchen, die ein Interesse an unserem Modell haben. Andernfalls werden wir es im Kontext des weltweiten Wettbewerbs nicht erhalten können.

Wir haben im EWSA vielfach Stellung bezogen für das Europäische Gesellschaftsmodell, – wenn auch in den internen Debatten die Gruppen – Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Gruppe Verschiedene Interessen – oft unterschiedliche Positionen vertreten.

Wir arbeiten auch mit unseren Partnern in anderen Ländern und auf internationaler Ebene zusammen, um dieses Modell zu entwickeln und zu festigen.

*Decent-Work-Agenda der ILO*

Die Decent-Work-Agenda der ILO hat viel gemeinsam mit dem Europäischen Gesellschaftsmodell. Wir arbeiten daher auch mit der ILO zusammen, um unsere gemeinsamen Anliegen zu vertreten.

Sowohl im Erweiterungsprozess mit den neuen und zukünftigen Mitgliedsstaaten als auch im Rahmen des Barcelona-Prozesses, in der Kooperation mit Lateinamerika und anderen Regionen und Ländern wie Indien und China kooperieren wir mit ähnlichen Einrichtungen, weil wir überzeugt sind, dass die Einbeziehung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung von Demokratie und Wirtschaft und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen leisten kann.

**Anmerkungen:**

- 1 Leicht veränderte, schriftliche Fassung eines Vortrags im Rahmen der EALIZ-Veranstaltung „Globalisierung und Neoliberalismus im Spiegelbild der Zukunft der Bürgergesellschaften Europas“ am 23.06.2006 in Waidhofen an der Thaya.

Dieser Beitrag wird auch publiziert in: Wissenschaftliche Schriftenreihe der Europäischen Akademie für Lebensforschung, Integration und Zivilgesellschaft, hg. von Heinrich Badura – Band 4: Globalisierung und Neoliberalismus im Spiegelbild der Zukunft der Bürgergesellschaften Europas. Konferenzstudie (Arbeitstitel). Voraussichtlicher Termin: Herbst 2006.

- 2 In der öffentlichen Debatte wird meist der Ausdruck Europäisches Sozialmodell verwendet; ich ziehe allerdings den Ausdruck Europäisches Gesellschaftsmodell vor, weil es nicht nur um Sozialpolitik geht, sondern auch um Fragen der Wirtschaftsverfassung und der Wirtschaftspolitik (soziale Marktwirtschaft, Daseinsvorsorge..) sowie der Demokratie (Sozialer Dialog, partizipative Demokratie), in denen Europa sich von anderen Regionen der Welt unterscheidet.
- 3 Die OECD unterscheidet auf der Grundlage von Daten für ihren Employment Outlook zwischen folgenden vier Modellen: dem angelsächsischen Modell, dem nordischen Modell (Skandinavien inklusive Österreich und die Niederlande), dem kontinentalen Modell und dem Modell der neuen Mitgliedsstaaten. Neben Wirtschaftsdaten wie Wachstumsraten und Produktivitätsentwicklung, nützt die OECD folgende Daten zur Unterscheidung der Modelle: den Anteil der Sozialausgaben am BIP, Beschäftigungs- und Arbeitslosenraten, die gesamten Arbeitsmarktausgaben, Großzügigkeit der Arbeitslosenunterstützung, die Einkommensungleichheit, die Armutsrate ... (Peter Auer in der Konferenz: The European Social Model, veranstaltet von EWSA und ILO am 26. und 27. Juni 2006 in Brüssel).
- 4 Jeremy Rifkin: Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2004.
- 5 Mark Leonard: Why Europe will run the 21st century, Fourth Estate, 2005.
- 6 EWSA: „Zukunftssichere Renten“, Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss: Unterstützung nationaler Strategien für zukunftssichere Renten durch eine integrierte Vorgehensweise“, CES 1491/2001 (IT) H/ue SOC/085, Brüssel, den 29. November 2001

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)